

Hans-Joachim Schmidt

Der Kurzkrieg in Berg-Karabach erschwert eine friedliche Lösung

Einführung

2016 hat der kurze Krieg an der Kontaktlinie¹ deutlich gemacht, wie zerbrechlich der 1994 vereinbarte Waffenstillstand in diesem ungelösten Territorialkonflikt inzwischen geworden ist. Auch wenn strittig ist, wer mit den militärischen Aktivitäten begann, spricht vieles dafür, dass der begrenzte Angriff eher von Aserbaidschan ausging.² Warum sollten Armenien und Berg-Karabach als status-quo-orientierte Mächte einen derartigen Waffengang wagen? Offensichtlich griffen in der Nacht vom 1. auf den 2. April mehrere nahe an der Kontaktlinie stationierte aserbaidchanische Brigaden aus verschiedenen Richtungen das Gebiet der Entität Berg-Karabach an und konnten nur mit großer Mühe von den überraschten Berg-Karabach-Armeniern und ihren armenischen Unterstützern zurückgedrängt werden. Der Konflikt kam dem Kreml angesichts seines militärischen Engagements in Syrien, des Konflikts in der Ostukraine und der Verschlechterung der Beziehungen zur NATO kaum gelegen, konnte er doch schnell den gesamten Südkaukasus destabilisieren und Russland ungewollt in eine Konfrontation mit Aserbaidschan und der Türkei treiben. Moskau, das zu beiden Staaten gute Beziehungen unterhält, wurde daher sofort auf höchster Ebene aktiv, um den Konflikt rasch zu beenden.

Erstmals seit dem Waffenstillstand von 1994 musste Berg-Karabach geringe Gebietsverluste an Aserbaidschan hinnehmen, konnte jedoch den aserbaidchanischen Angriff insgesamt erfolgreich zurückschlagen. Die kleinen Territorialgewinne wurden von Aserbaidschan landesweit wie ein erster Sieg gefeiert. In Armenien hingegen war man gleich in mehrfacher Hinsicht von Russland und dem von Moskau geführten Militärbündnis, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) enttäuscht: Niemand benannte explizit den eigentlichen Aggressor und die öffentliche Unterstützung von Russland und den übrigen OVKS-Mitgliedstaaten für Armenien war ge-

1 Das von der Kontaktlinie umschlossene Gebiet besteht aus der Region Berg-Karabach selbst und sieben umliegenden Regionen, die von den Selbstverteidigungskräften Berg-Karabachs und armenischen Streitkräften besetzt sind. Da Berg-Karabach und die sieben besetzten Regionen offiziell zu Aserbaidschan gehören, handelt es sich bei der Trennlinie um keine international anerkannte Grenze; sie wird daher als „Kontaktlinie“ oder „*line of engagement*“ bezeichnet.

2 Vgl. Thomas De Waal, *Dangerous days in Karabakh*, 2. April 2016, unter: <http://carnegie.ru/commentary/2016/04/02/dangerous-days-in-karabakh/iwiu>; Aleksandra Jarosiewicz/Maciej Falkowski, *The four-day war in Nagorno-Karabakh*, in: OSW Newsletter, 6. April 2016, unter: <http://www.osw.waw.pl/print/24257>.

ring, während sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan öffentlich voll und ganz hinter Aserbaidshan stellte.

Russland sah sich eher in der Rolle des Vermittlers und hielt sich daher mit öffentlicher Kritik an Aserbaidshan bewusst zurück.³ Russlands Präsident Wladimir Putin telefonierte mit den Präsidenten beider Länder und schickte mit Ministerpräsident Dmitri Medwedew und Außenminister Sergei Lawrow seine in der Region erfahrensten Politiker in beide Hauptstädte, um so schnell wie möglich ein Ende des gefährlichen Waffengangs zu erreichen. Die Präsidenten der beiden Länder entsandten daraufhin ihre Generalstabschefs nach Moskau, wo sie am 5. April unter russischer Vermittlung einen Waffenstillstand auf der Basis des früheren Waffenstillstands von 1994 vereinbarten. Er trat mittags um 12 Uhr in Kraft. Durch sein schnelles und entschiedenes Eingreifen hatte Russland einen weiteren kriegerischen Konflikt in Europa erst einmal verhindert und leistete damit auch einen Beitrag zur Sicherheit in ganz Europa.

Was steckt hinter dem Waffengang?

Doch wer hat diesen begrenzten Konflikt begonnen und welche Ziele wurden dabei verfolgt? Es gab viele Gerüchte. Zum einen wurde behauptet, Russland stecke hinter dem Konflikt, um nach seinem Erfolg in Syrien seine Vorherrschaft in der Region zu demonstrieren und seinen Einfluss im gesamten Südkaukasus zu verstärken.⁴ Andere meinten, die Türkei mit ihrem machthungrigen Präsidenten Erdoğan oder sogar die USA steckten dahinter, um Russland seine Grenzen aufzuzeigen und Putins Einfluss in der Region zu begrenzen.⁵ Dritte vermuteten, dass Aserbaidshan die Stunde für gekommen hielt, seine gewachsene militärische Stärke gegen Berg-Karabach und die russische Reaktion darauf zu testen. Schließlich war der Kreml mit dem Ukraine Konflikt, der neuen Konfrontation mit der NATO und seinem Engagement im Syrienkrieg gleich in mehreren Konflikten gebunden.

Für die erste These, dass Russland den Krieg zu verantworten habe, spricht wenig.⁶ Moskau unterhält zu beiden Seiten gute Beziehungen und verfolgt offiziell eine Politik der Balance zwischen Armenien und Aserbaidshan. Es

3 Vgl. Russia prepared to act as mediator in Karabakh conflict settlement – PM, TASS, 7. April 2016, unter: <http://tass.ru/en/politics/868118>.

4 Vgl. Jarosiewicz/Falkowski, a.a.O. (Anm. 2); Wojciech Górecki, Nagorno-Karabakh: what is Russia up to?, in: OSW Newsletter, 13. April 2016, unter: <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2016-04-13/nagorno-karabakh-what-russia-to>.

5 So zumindest der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew; vgl. Medvedev says aggravation of Karabakh conflict could be caused by external factors, TASS, 9. April 2016, unter: <http://tass.ru/en/politics/868494>.

6 Vgl. Arzu Geybullayeva, De Waal: Kremlin ‚Not Primary Actor‘ Behind Nagorno-Karabakh Conflict, Radio Free Europe/Radio Liberty, 4. April 2016, unter: <http://www.rferl.org/a/russia-armenia-azerbaijan-nagorno-karabakh-de-waal-kremlin-not-primary-actor/27654309.html>.

hat Baku nicht zu diesem Waffengang verleitet und dürfte auch kaum Eriwan dazu ermuntert haben. Im Gegenteil: Beide Länder hatten sich noch kurz vor dem Krieg in Moskau über ausbleibende Waffenlieferungen beschwert.⁷ Höchst unwahrscheinlich ist auch, dass der militärische Angriff von Armenien selbst ausging, dafür zeigten sich die Armenier viel zu überrascht. Zwar hätte ein Krieg von der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes abgelenkt, jeder größere kriegerische Konflikt wäre jedoch für Armenien viel zu teuer geworden. Hätte zudem die politische Führung wirklich einen Angriff vorbereitet und dafür die nötigen Reserven mobilisiert, wären die jetzt zu beklagenden Gebietsverluste vermutlich kaum eingetreten.

In Armenien hat die Kritik an Russland infolge des Konflikts erheblich zugenommen. Die Anerkennung Berg-Karabachs und der Austritt aus dem Militärbündnis mit Russland werden offen gefordert.⁸ Auch die armenische Führung drohte öffentlich mit der völkerrechtlichen Anerkennung Berg-Karabachs, sollte sich ein derartiger Angriff Aserbaidschans wiederholen.⁹ Außerdem kritisieren führende armenische Politiker seither nicht nur intern, sondern verstärkt auch öffentlich die russischen Waffenlieferungen an Aserbaidschan.

Steckte die Türkei hinter dem Angriff Aserbaidschans? Auch dafür spricht wenig, selbst wenn es im Interesse Ankaras wäre, den russisch-armenischen Einfluss im Südkaukasus zu mindern. Allerdings wurde die öffentliche Unterstützung Erdogans für Aserbaidschan vom russischen Außenminister Lawrow als „inakzeptabel“ kritisiert und abgelehnt.¹⁰ Schließlich ist auch die Türkei Mitglied der politisch zwischen den beiden Konfliktparteien vermittelnden Minsker Gruppe der OSZE und wäre deshalb bei einem kriegerischen Konflikt zu mehr Zurückhaltung verpflichtet. Die einseitige Parteinahme Erdogans für Baku dürfte die übrigen Mitglieder der Minsker Gruppe kaum davon überzeugen, der Türkei künftig eine größere Rolle bei der Vermittlung im Berg-Karabach-Konflikt einzuräumen.

Am wahrscheinlichsten ist, dass Aserbaidschan im Wesentlichen selbst die Verantwortung für diesen Kurzkrieg trug, um mit diesem seine neu erworbe-

7 Aserbaidschan hatte offensichtlich seine Rechnungen für russische Waffenlieferungen nicht bezahlt, um damit seinen Unmut über den 200-Millionen-Dollar-Kredit, den Russland Armenien Mitte des Jahres 2015 für weitere Waffenkäufe gewährt hatte, zum Ausdruck zu bringen. Russland stoppte daraufhin die Auslieferung der Waffen an Baku. Umgekehrt beklagte sich Armenien über „bürokratische Verzögerungen“ bei der Implementierung eben dieses Waffenkredits, der Anfang Februar 2016 von der russischen Regierung angekündigt worden war. Vgl. Joshua Kucera, Azerbaijan Unable, Or Unwilling, To Pay For Russian Weapons: Reports, 3. März 2016, unter: <http://www.eurasianet.org/print/77646>; vgl. ebenso Russian arms delivery to Armenia late for „unknown reasons“ – MP, Pan Armenian Net, 11. April 2016, unter: <http://panarmenian.net/m/eng/news/210022>.

8 Vgl. Hrant Apovian, Bitter Lessons Learned: Aftermath of Azerbaijan's Blitz Attack, Azbarez, 15. April 2016, unter: <http://asbarez.com/148859/bitter-lessons-learned-aftermath-of-azerbajjans-blitz-attack>.

9 Vgl. Armenian parliament turns down initiative to consider Karabakh recognition, TASS, 16. Mai 2016, unter: <http://tass.ru/en/world/876004>.

10 Vgl. Lavrov says Turkey's statements on Karabakh are calls for war, TASS, 22. April 2016, unter: <http://tass.ru/en/politics/871837>.

nen militärischen Fähigkeiten gegen Berg-Karabach und Armenien sowie die Reaktion Russlands darauf zu testen und gleichzeitig innenpolitisch von den drastischen wirtschaftlichen Einnahmeausfällen infolge der niedrigen Gas- und Ölpreise abzulenken. Das Ergebnis ist gemischt. Der Kurzkrieg hat zum einen gezeigt, dass sich das militärische Kräfteverhältnis nicht wesentlich zugunsten Bakus verändert hat, auch wenn es einige wenige symbolische Geländegewinne für Aserbaidschan gab. Auf der anderen Seite deuten diese ersten Geländegewinne seit den 1990er Jahren darauf hin, dass sich die militärische Balance mittelfristig weiter zugunsten Bakus entwickeln und dies die politische Führung bald zu einem neuen Krieg ermutigen könnte. Das setzt die politische Führung Armeniens zusätzlich unter Druck.

Auch die sicherheitspolitischen Besorgnisse der Nachbarstaaten in der Region sind gestiegen. Georgien befürchtet, dass Russland als Folge des Krieges seine militärische Präsenz in der Region erhöhen könnte,¹¹ der Iran befürchtet im Falle einer sicherheitspolitischen Verschärfung der Lage den wachsenden türkischen und israelischen Einfluss auf Aserbaidschan.¹²

Russland erblickte in dem Konflikt sofort die Chance, seinen Einfluss zu erweitern. Die drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe (Vertreter der USA, Frankreichs und Russlands im Botschafterrang), die, von der OSZE beauftragt, seit 1992 den Konflikt politisch regeln sollen, spielten bis zum Abschluss der neuen Waffenstillstandsvereinbarung in Moskau keine entscheidende politische Rolle. Erst danach wurden sie diplomatisch aktiver. Russland spielte dabei geschickt ein doppeltes Spiel. Einerseits demonstrierte Moskau erfolgreich seine regionale Vorherrschaft, gleichzeitig hielt es die Tür zu den anderen beiden Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe immer offen, schließlich stellt es selbst einen der Ko-Vorsitzenden und kann den Konflikt im Übrigen auch kaum alleine lösen. Damit sicherte sich Russland auch die weitere Unterstützung der OSZE.

Moskau erneuerte beiden Seiten gegenüber bereits kurz nach dem Waffenangang seinen aus den 1990er Jahren stammenden Vorschlag zur Stationierung russischer Friedenstruppen und bot ebenso die weitere Unterstützung für eine baldige diplomatische Lösung an. Beide Staaten lehnten jedoch das Angebot russischer Friedenstruppen aus unterschiedlichen Gründen ab. Baku fürchtete, die Anwesenheit russischer Truppen würde den Konflikt nur unnötig verlängern und die eigene Abhängigkeit von Moskau erhöhen. Die Regierung in Eriwan hingegen wollte vermeiden, durch die Hinnahme weiterer Einschränkungen der eigenen Souveränität Schwäche zu zeigen. Der armenische Präsident lehnte außerdem neue Gespräche über eine politische Regelung ab, solange sich die Lage an der Kontaktlinie und der beiderseitigen Grenze nicht

11 Vgl. Georgian Defense Minister Speaks by Phone with Armenian, Azerbaijani Counterparts, Civil Georgia, 4. April 2016, unter: <http://civil.ge/eng/article.php?id=29082>.

12 Vgl. Nazrin Gadimova, Tehran says Karabakh conflict to broaden insecurity in region, 25. April 2016, Today.Az, unter: <http://www.today.az/print/news/politics/150079.html>.

nachhaltig durch neue Sicherheitsgarantien verbesserte.¹³ Er reagierte damit darauf, dass Aserbaidschan seine militärischen Aktivitäten an der Kontaktlinie und der beiderseitigen Grenze seit 2014 deutlich gesteigert hat, um den Druck auf Armenien, den Konflikt politisch zu lösen, zu erhöhen.

Würde die armenische Regierung ohne solche Zugeständnisse aserbaidischem Druck nachgeben, wäre dies aus armenischer Sicht ein gefährliches Signal. Baku könnte den Eindruck gewinnen, dass der militärische Druck und der Kurzkrieg sich als politisch erfolgreiche Instrumente dafür erwiesen haben, Armenien zum Einlenken im Berg-Karabach-Konflikt zu zwingen. Eriwan würde damit Baku zu erneuten militärischen Aktivitäten gegen Berg-Karabach ermuntern – und genau das will die armenische Regierung unter allen Umständen verhindern.

Aserbaidschan hat mit dem Kurzkrieg hingegen erste, wenn auch eher symbolische politische und militärische Erfolge errungen. Es wurde nicht als Aggressor gebrandmarkt und erzielte geringfügige Geländegewinne. Das verminderte ebenfalls das Interesse an einer ausgewogenen diplomatischen Lösung, wenn auch aus anderen Gründen als in Armenien. Insgesamt hat der Kurzkrieg damit die sicherheitspolitischen Gegensätze und Spannungen zwischen beiden Seiten verschärft und eine rasche Verbesserung der diplomatischen Beziehungen sowie eine Annäherung fast unmöglich gemacht.¹⁴ Russland, die drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe und Deutschland, das 2016 den OSZE-Vorsitz innehat, haben daher ihre Bemühungen, wenigstens den brüchigen Waffenstillstand zu stabilisieren und einer weiteren Verschlechterung der Lage vorzubeugen, verstärkt. Bevor diese verstärkten diplomatischen Bemühungen näher beschrieben und bewertet werden, sollen zunächst die zunehmend asymmetrischen militärischen Entwicklungen näher beleuchtet werden, da sie die militärische Lage in den letzten Jahren weiter destabilisiert haben.

Asymmetrische militärische Entwicklungen

Die wachsende Asymmetrie zwischen den militärischen Entwicklungen in Armenien und Aserbaidschan seit der Mitte der letzten Dekade ist im Wesentlichen eine Folge der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangslage beider Länder. Armenien ist ein armes Land und von der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe Russlands sowie den finanziellen Zuwendungen der armenischen Diaspora abhängig. Das seit dem Waffenstillstand in Berg-Karabach von der Türkei und Aserbaidschan gegen Armenien verhängte Wirtschaftsembargo schränkt die wirtschaftlichen und handelspolitischen Entfal-

13 Vgl. Sara Khojayan/Anthony Halpin, War May Resume at „Any Moment“, Armenian President Warns, Bloomberg, 24. April 2016, unter: <http://www.bloomberg.com/news/articles/2016-04-24/caucasus-war-may-resume-at-any-moment-armenian-president-says>.

14 Vgl. Sergei Markedonov, Unfreezing the Status Quo in the Caucasus, Carnegie Moscow Center, 15. April 2106, unter: <http://carnegie.ru/commentary/?fa=63337>.

tungsmöglichkeiten des Landes zusätzlich ein. Im Gegensatz dazu verfügt Aserbaidschan über große Vorkommen an Gas und Öl, deren Preis in der letzten Dekade deutlich angestiegen ist und Baku in die Lage versetzt hat, seine Verteidigungsausgaben seit 2005/2006 drastisch zu erhöhen. Seit 2011 ist allein der aserbaidische Verteidigungsetat mit mehr als drei Milliarden US-Dollar inzwischen genauso hoch wie der gesamte armenische Staatshaushalt. Von 2010 bis 2015 hat Aserbaidschan den Anteil seiner Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,8 auf 4,6 Prozent und damit um über 60 Prozent erhöht.¹⁵ Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass das aserbaidische BIP bedingt durch den Energiepreisverfall von 2014 bis 2015 um fast 30 Prozent gefallen ist. Im gleichen Zeitraum schwankten die armenischen Verteidigungsausgaben zwischen 3,8 und 4,5 Prozent des – deutlich niedrigeren – armenischen BIP, das sich zwischen 9,3 und 11,6 Milliarden US-Dollar pro Jahr bewegte, und beliefen sich auf insgesamt 400 bis 500 Millionen US-Dollar pro Jahr.¹⁶ Die Asymmetrie bei den Verteidigungsausgaben ist somit in den letzten fünf Jahren leicht zuungunsten Armeniens gewachsen.

Das zeigt auch die quantitative Entwicklung bei den konventionellen Hauptwaffensystemen der Land- und Luftstreitkräfte beider Seiten. Anhand der jährlich gemäß dem Vertrag über konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von beiden Ländern übermittelten Daten ist zu beobachten, dass beide Seiten ihre Waffenbestände in bestimmten Waffenkategorien erhöht und dabei auch ihre KSE-Obergrenzen verletzt haben. Armenien hat in den Jahren 2013-2014 über 35 gebrauchte T-72-Panzer und über 110 gebrauchte gepanzerte Kampffahrzeuge aus Russland erhalten. Die Ausrüstung der armenischen Streitkräfte besteht im Wesentlichen aus russischen Waffen der zweiten Generation. Mit inzwischen 241 gepanzerten Kampffahrzeugen (2016) liegt Armenien in dieser Kategorie um 21 Systeme über seinem KSE-Limit. Eriwan will jedoch im Jahr 2017 mit finanzieller Unterstützung Deutschlands 21 veraltete gepanzerte Kampffahrzeuge zerstören und damit noch ausstehenden Reduzierungsverpflichtungen aus den 1990er Jahren nachkommen sowie seine KSE-Obergrenzen auch wieder einhalten. In den beiden Waffenkategorien der Artilleriewaffen und der Kampfflugzeuge waren leichte Verminderungen zu beobachten, die Anzahl der Angriffshub-

15 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Military Expenditure Database, Military expenditure by country as a share of GDP, 2002-2015, unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/Milex-GDP-share.pdf>.

16 Vgl. ebenda; vgl. ebenso World Bank, Armenia GDP (current US\$), unter: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=AM>. Aserbaidschans BIP stieg von 52,9 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 auf 75,2 Milliarden im Jahr 2014 und sank aufgrund der fallenden Energiepreise 2016 auf geschätzte 35,1 Milliarden US-Dollar. Vgl. World Bank, Azerbaijan GDP (Current US\$), unter: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=AZ>. Vgl. ebenso Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Military Expenditure Database, Military expenditure by country, in constant (2014) US\$ m., 2006-2015, unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/Milex-constant-USD.pdf>.

schrauber blieb gleich. Die Zahl der Soldaten bei den Land- und Luftstreitkräften ist parallel um etwa zehn Prozent gesunken.

KSE-relevante Waffen- und Personalbestände Armeniens 2010-2015¹⁷

Kategorie	Kampfpanzer	Gepanzerte Kampffahrzeuge	Artillerie 100mm+	Kampfflugzeuge	Angriffshubschrauber	Soldaten
Jahr						
2010	110	140	239	16	8	48.570
2011	110	140	239	16	8	48.834
2012	110	140	239	16	8	46.804
2013	109	143	232	16	8	44.787
2014	144	262	232	15	8	ca. 43.600
2015	144	242	232	15	8	ca. 43.700
KSE-Obergrenze	220	220	285	100	50	60.000

Bestände, die über dem KSE-Limit liegen, sind kursiv gekennzeichnet.

Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, dass sie nur die Waffen- und Soldatenbestände in Armenien selbst wiedergeben. Sie enthalten weder die Waffen- und Soldatenbestände der armenischen Streitkräfte in Berg-Karabach noch die Waffen und Soldaten der Selbstverteidigungskräfte von Berg-Karabach. Rund ein Drittel der schätzungsweise 23.000 Soldaten der Selbstverteidigungskräfte in Berg-Karabach wird von armenischen Militärangehörigen gestellt.¹⁸ Die von Karabach-Armeniern besetzten aserbaidjanischen Gebiete um Berg-Karabach gehören allerdings derzeit nicht zum Anwendungsgebiet des KSE-Vertrags.¹⁹ Würden die dort vorhandenen armenischen Waffen hinzuaddiert, dürfte Armenien nicht nur in der Kategorie der gepanzerten Kampffahrzeuge, sondern vermutlich auch in der Kategorie

17 Die Datenangaben basieren auf den Jahresabrüstungsberichten der Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht), vgl. die Jahresabrüstungsberichte von 2013, S. 171, 2014, S. 124 und S. 155, sowie 2015, S. 120 und S. 152.

18 Vgl. Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung 2013, a.a.O. (Anm. 17), S. 134.

19 In Aserbaidjan wird dies allerdings seit 2001 anders gesehen. Baku hat in den von Karabach-Armeniern besetzten Gebieten auf aserbaidjanischem Territorium mehrere Friedensstandorte seiner Truppen gemeldet. Da Streitkräfte nur in ihren Friedensstandorten durch Vor-Ort-Inspektionen überprüft werden können, fallen die dort gemeldeten Verbände aus dem Verifikationssystem des KSE-Vertrags heraus und können nicht mehr überprüft werden. Dieses Vorgehen Aserbaidjans ist auch ein Äquivalent dafür, das Armenien einen Teil seiner Truppen den Bestimmungen des KSE-Vertrags dadurch entzieht, dass sie in Berg-Karabach stationiert sind. Beide Staaten schwächen mit diesem Vorgehen den KSE-Vertrag.

der Artilleriewaffen und Kampfpanzer seine KSE-Obergrenzen überschreiten.

Aserbaidshans hat im gleichen Zeitraum seine ohnehin deutlich höhere Zahl von 381 Kampfpanzern um 82, seine 425 Artilleriesysteme um 371 und seine 15 Angriffshubschrauber um 33 Systeme in den Streitkräften erhöht. Lediglich die Zahl der gepanzerten Kampffahrzeuge ist von 181 auf 179 leicht und diejenige der Kampfflugzeuge von 75 auf 54 stärker gefallen, da die Streitkräfte Probleme mit der Wartung und dem Betrieb zu vieler unterschiedlicher Kampfflugzeugtypen hatten. Die Zahl der Soldaten in den aserbaidshansischen Land- und Luftstreitkräften ist mit rund 64.900 in etwa gleich geblieben. Aserbaidshans Streitkräfte haben somit deutlich mehr Waffen als Armenien erhalten. Hinzu kommt, dass Aserbaidshans mit 100 T-90 Kampfpanzern und dem BMP-3 Schützenpanzer modernstes Gerät aus Russland erhält und damit nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ weit besser ausgestattet ist als Armenien.

KSE-relevante Waffen- und Personalbestände Aserbaidshans 2010-2015²⁰

Kategorie	Kampfpanzer	Gepanzerte Kampffahrzeuge	Artillerie 100mm+	Kampfflugzeuge	Angriffshubschrauber	Soldaten
Jahr						
2010	<i>381</i>	181	<i>425</i>	75	15	64.850
2011	<i>381</i>	181	<i>469</i>	79	26	64.964
2012	<i>381</i>	181	<i>516</i>	79	27	64.990
2013	<i>381</i>	181	<i>516</i>	88	27	64.999
2014	<i>484</i>	134	<i>624</i>	53	27	ca. 64.900
2015	<i>463</i>	179	<i>796</i>	54	48	ca. 64.900
KSE-Obergrenze	220	220	285	100	50	70.000

Bestände, die über dem KSE-Limit liegen, sind kursiv gekennzeichnet.

Sowohl in der Kategorie der Kampfpanzer als auch in der Kategorie der Artilleriesysteme überschreitet Aserbaidshans, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, seine KSE-Obergrenzen gleich um ein Mehrfaches. Baku rechtfertigt diese drastische Überschreitung damit, dass Armenien einen wesentlichen Teil seiner Streitkräfte in Berg-Karabach stationiert und in den 1990er Jahren heimlich Waffen aus Russland bezogen habe, die bis heute nicht gemeldet seien. Richtig daran ist, dass Armenien tatsächlich nicht alle seine Waffenlieferungen meldet und dadurch zur regionalen Unsicherheit beiträgt. Gleiches gilt aber auch für Aserbaidshans. Schon ein kurzer Blick in das Register der

20 Daten nach den Jahresabrüstungsberichten der Bundesregierung, a.a.O. (Anm. 17).

Vereinten Nationen für konventionelle Waffen²¹ zeigt, dass der genaue Umfang der Waffenlieferungen an beide Länder nicht so sehr von ihnen selbst, sondern zuverlässiger von den Exportnationen angezeigt wird. Dennoch rechtfertigt das nicht die exorbitanten quantitativen Erhöhungen Aserbaidshans. Diese sind eher im Zusammenhang mit der 2010 geänderten Militärdoktrin Aserbaidshans zu sehen, die seither auch die militärische Rückeroberung der besetzten Gebiete vorsieht und Armenien als Hauptfeind Aserbaidshans betrachtet.²²

Bei den von 2010 bis 2015 zu beobachtenden Waffenlieferungen an beide Staaten ergibt sich das gleiche Bild, wie die folgenden Tabellen für Armenien und Aserbaidshan zeigen. Von 2010 bis 2015 erhielt Armenien 35 Kampfpanzer, 110 gepanzerte Kampffahrzeuge, 16 Artilleriesysteme und zwei leichte Trainingsflugzeuge. Die Waffen kamen aus Russland, der Ukraine und Montenegro. Aus China soll Armenien 2011 Mehrfachraketenwerfer erhalten haben, dazu findet sich jedoch keine offizielle Quelle.

Waffenlieferungen an Armenien 2010-2015²³

Kategorie	Kampfpanzer	Gepanzerte Kampffahrzeuge	Artillerie	Kampfflugzeuge	Angriffshubschrauber
Jahr					
2010			16	2 Trainer	
2011					
2012					
2013	35	110			
2014					
2015					
Gesamt	35	110	16	2 Trainer	

Im selben Zeitraum erhielt Aserbaidshan 193 Kampfpanzer, 446 gepanzerte Kampffahrzeuge, 738 Artilleriesysteme, sieben Kampfflugzeuge und 26 Angriffshubschrauber aus Russland, Belarus, der Ukraine, der Türkei, aus Südafrika und Israel sowie aus Bosnien und Herzegowina. Allein von Russland als seinem größten Lieferanten erhielt Aserbaidshan im Zeitraum von 2011 bis 2015 Waffen und Ausrüstung im Wert von vier Milliarden US-Dollar, was immerhin 4,9 Prozent der russischen Waffenexporte ausmacht.²⁴ Im Zeitraum von 2006-2010 war der Anteil mit 0,7 Prozent deutlich niedriger.

21 Vgl. The Global Reported Arms Trade. The UN Register of Conventional Arms, unter: <http://www.un-register.org/HeavyWeapons/Index.aspx> (im Folgenden zitiert als: VN-Waffenregister).

22 Vgl. Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung 2013, a.a.O. (Anm. 17), S. 134.

23 Die Daten basieren auf dem VN-Waffenregister, a.a.O. (Anm. 21).

24 Vgl. Aude Fleurant/Sam Perlo-Freeman/Pieter D. Wezeman/Simon T. Wezeman, Trends in International Arms Transfers 2015, SIPRI Fact Sheet, February 2016, S. 3, unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/SIPRIFS1602.pdf>.

*Waffenlieferungen an Aserbaidtschan von 2010-2015*²⁵

Kategorie	Kampfpanzer	Gepanzerte Kampffahrzeuge	Artillerie	Kampfflugzeuge	Angriffshubschrauber
Jahr					
2010		106	57	1	1
2011	31	208	95	5	4
2012	62	14	18	1	8
2013	10	10	438		13
2014	65	78	118		
2015	25	30	12		
Gesamt	193	446	738	7	26

Die Waffenlieferungen erfolgten ungeachtet eines Beschlusses der OSZE vom 28. Februar 1992, an beide Länder keine Waffen und militärische Ausrüstungen mehr zu liefern, um den Waffenstillstand zu unterstützen.²⁶ Die Motive der Staaten, die dieses Embargo nicht befolgen, sind unterschiedlich. Russland liefert Waffen, um seinen Einfluss in Aserbaidtschan zu wahren, die Ukraine und Bosnien und Herzegowina, um dringend benötigte Devisen zu verdienen; die Türkei will ihren Einfluss erweitern und Israel will sich die Option für die Nutzung aserbaidtschanischer Flugbasen für die Zerstörung iranischer Atomanlagen offenhalten, sollte der Nuklear-Deal mit dem Iran von 2015 scheitern.

Die Zahl der gelieferten Waffen an Aserbaidtschan ist zudem deutlich höher als die von Baku im Rahmen des KSE-Vertrags gemeldete Zunahme der Waffen in den Streitkräften. So hat Aserbaidtschan beispielsweise im Beobachtungszeitraum 193 Panzer eingeführt, in den Streitkräften wurde aber nur 82 gemeldet. Das kann viele Ursachen haben. Zum einen könnten vermehrt veraltete Panzer ausgemustert worden sein, zum anderen könnte es aber auch darauf hinweisen, dass Baku erhebliche Probleme hat, sein Militärpersonal für die Wartung und Nutzung der neuen Waffen ausreichend auszubilden, und diese deshalb nur mit erheblicher Verzögerung in die Streitkräfte einführt. Aserbaidtschan war daher auch im Kurzkrieg Anfang April 2016 nicht in der Lage, die bessere Qualität und die zahlenmäßige Überlegenheit seiner Waffen entscheidend zu nutzen. Russland als wichtigster Waffenexporteur für beide Länder will trotz der zunehmenden Risiken und wachsender Kritik nach wie vor an seinen Waffenlieferungen festhalten. Außerdem haben Moskau und Eriwan im Dezember 2016 damit begonnen, eine „Vereinte Truppengruppierung“ in Armenien aufzubauen, um die Abschreckungswirkung

25 Die Daten basieren auf dem VN-Waffenregister, a.a.O. (Anm. 21).

26 Vgl. KSZE, Siebtes Treffen des Ausschusses Hoher Beamter, Prag 1992, Journal Nr. 2, 28. Februar 1992, 7-CSO/Journal Nr. 2, Anhang 1. Der Beschluss gilt nicht für Israel und Südafrika.

gegen Angreifer zu erhöhen.²⁷ Zugleich dient dies aber auch der besseren Kontrolle der armenischen Streitkräfte durch Moskau, sollte Eriwan selbst einen Angriff planen.

Verstärkte diplomatische Bemühungen

1999 waren die damaligen Präsidenten der beiden Staaten einer Lösung des Konflikts bereits sehr nahe, eine Einigung wurde jedoch durch eine von armenischen Gegnern des Abkommens verursachte Schießerei im armenischen Parlament verhindert. Eingedenk dieser einschneidenden Erfahrung sind armenische Präsidenten seither noch vorsichtiger geworden und in ihrer Verhandlungsflexibilität innenpolitisch eingeschränkt. Hinzu kommt, dass der derzeitige armenische Präsident Sersch Sargsjan aus Stepanakert, der größten Stadt in Berg-Karabach, stammt und den Friedensbemühungen des aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew daher sehr misstrauisch gegenübersteht. Auch das Verhältnis zwischen den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan, Edward Nalbandjan und Elmar Mammadjarow, soll nicht das beste sein. Der primär von Aserbaidschan zu verantwortende Kurzkrieg von Anfang April 2016 dürfte kaum zu mehr Vertrauen in Eriwan und Stepanakert geführt haben. Die Rahmenbedingungen für eine rasche Verbesserung der Lage sind damit nicht sehr günstig. Armenien forderte daher zunächst eine erneute Verpflichtung zum Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und eine Verbesserung der Sicherheitslage an der beiderseitigen Grenze und der Kontaktlinie zu Aserbaidschan, bevor es zu weiteren Gesprächen und Zugeständnissen bereit sei.²⁸ Die beinahe täglichen Schießereien dort, für die jede Seite die jeweils andere verantwortlich macht, dauern derweil unvermindert an.²⁹

Russland und die drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe verstärkten ihre Bemühungen zur Stabilisierung des brüchigen Waffenstillstands, um damit eine politische Regelung des Berg-Karabach-Konflikts zu beschleunigen.³⁰ Am 12. Mai wurde für den 16. des Monats ein Treffen zwischen den drei Außenministern der Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe und den beiden Präsidenten in Wien vereinbart. Dort kamen alle Beteiligten überein, den Waffenstillstand von 1994 zu bekräftigen und sich für eine friedliche Regelung des Berg-Karabach-Konflikts einzusetzen. Armenien zog daraufhin seine Drohung, die Entität Berg-Karabach anzuerkennen, zurück. Parallel dazu sol-

27 Vgl. Russia and Armenia seal deal to create United Group of Troops, TASS, 30. November 2016, unter: <http://tass.com/defense/915668>.

28 Vgl. German foreign minister names conditions for de-escalation of Nagorno-Karabakh conflict, TASS, 6. April 2016, unter: <http://tass.ru/en/world/867800>.

29 Vgl. OSCE, Statement by the Co-Chairs of the OSCE Minsk Group, Moscow/Paris/Washington, 9. Januar 2017, unter: <http://www.osce.org/mg/292991>.

30 Vgl. Co-Chairs Condemn Civilian Attacks, No Agreement After Regional Visit, Asbarez, 9. April 2016, unter: <http://asbarez.com/148524/co-chairs-condemn-civilian-attacks-no-agreement-after-regional-visit>.

len zwei zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen die labile Grenzsituation stabilisieren und verbessern: Erstens sollte in kürzester Zeit ein OSZE-Mechanismus zur Untersuchung der zahlreichen militärischen Zwischenfälle an der Grenze bzw. der Kontaktlinie geschaffen und zweitens das Büro des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Andrzej Kasprzyk, in Tiflis für zusätzliche Inspektionen verstärkt werden. Das Büro ist für die alle 14 Tage stattfindenden Vor-Ort-Inspektionen an der Kontaktlinie zuständig. Darüber hinaus einigte man sich darauf, dass der Datenaustausch über vermisste Personen auch weiterhin über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erfolgen kann. Das nächste Treffen wurde für Juni 2016 vereinbart.³¹

In der OSZE und im Büro des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden wird seitdem gemeinsam mit beiden Parteien um die Details der Implementierung dieser Maßnahmen gerungen. Anfang Juni übermittelten die drei Ko-Vorsitzenden beider Seiten die ersten Vorschläge und man vereinbarte den 20. Juni als neues Datum für ein trilaterales Gipfeltreffen zwischen Putin und den beiden Präsidenten in St. Petersburg. Dort gab es Fortschritte, aber keinen Durchbruch. Die beiden Präsidenten akzeptierten in einem trilateralen Statement grundsätzlich mehr OSZE-Beobachter für die Überwachung beider Seiten der Kontaktlinie und auch die Bedingungen für einen fortschreitenden Verhandlungsprozess, wenn er denn zustande kommt.³² Bei dem Untersuchungsmechanismus für Zwischenfälle an der Kontaktlinie gab es weniger Fortschritte, da Aserbaidschan diesen von der Räumung der übrigen sieben um Karabach gelegenen besetzten Gebiete seines Territoriums abhängig macht.³³ Umgekehrt will Armenien erst dann mit Verhandlungen zur endgültigen Lösung des Konfliktes beginnen, wenn der OSZE-Untersuchungsmechanismus für Zwischenfälle an der Kontaktlinie eingerichtet ist.³⁴

Seither werden die Details des OSZE-Untersuchungsmechanismus und die Modalitäten für die Erhöhung der Zahl der Beobachter und der Vor-Ort-Beobachtungen diskutiert. Am 22. September 2016 gab es zwischen den drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe und den beiden Außenministern in New York lediglich separate Gespräche über weiterführende Vorschläge. Diese Gespräche sollten durch einen Besuch der drei Ko-Vorsitzenden in der Region Ende Oktober vertieft und beim OSZE-Ministerratstreffen am 8. Dezember 2016 in Hamburg fortgesetzt werden. Das für Hamburg geplante 3+2-Treffen kam jedoch nicht zustande, weil der armenische Außenminis-

31 Vgl. OSCE, Joint Statement of the Minister of Foreign Affairs of the Russian Federation, Secretary of State of the United States of America and State Secretary for European Affairs of France, Wien, 16. Mai 2016. unter: <http://www.osce.org/mg/240316>.

32 Vgl. President of Russia, Meeting with Serzh Sargsyan and Ilham Aliyev. St. Petersburg, 20. Juni 2016, unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/52189>.

33 Vgl. President of Russia, Meeting with President of Azerbaijan Ilham Aliyev, St. Petersburg, 20. Juni 2016, unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/52188>.

34 Vgl. President of Russia, Meeting with President of Armenia Serzh Sargsyan, St. Petersburg, 20. Juni 2016, unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/52187>.

ter nicht erschien.³⁵ Die Gespräche sollten daher – wie in Hamburg angekündigt wurde – sobald wie möglich wieder auf die Ebene der Präsidenten verlagert werden, um die Chancen für weitere Fortschritte zu verbessern.

Keine Aussichten auf eine baldige Lösung

Angesichts des zunehmenden Risikos eines neuen Krieges wären rasche politische Fortschritte zur Lösung des Berg-Karabach-Konflikts eigentlich dringender geboten denn je, doch beide Seiten sind nach wie vor in ihren alten gegensätzlichen Positionen gefangen. An den drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe und den übrigen Institutionen der OSZE liegt dies nicht, sie haben ihre Aktivitäten im letzten Jahr mit Unterstützung Russlands sogar deutlich intensiviert. Mit dem OSZE-Untersuchungsmechanismus für Grenzwissenschaften und der Verbesserung der Konfliktüberwachung vor Ort könnten zusätzliche Instrumente für die Vertrauensbildung zwischen beiden Seiten geschaffen werden. Es gab in den Verhandlungen darüber auch durchaus Fortschritte, ein Durchbruch ist jedoch nicht in Sicht. Für Armenien sind beide Maßnahmen die zentralen Vorbedingungen für ernsthafte Verhandlungen. Aserbaidschan hingegen fürchtet, dass sich Armenien nach Erreichen dieses Ziels wieder zurücklehnt und erneut am Status quo festhält. Baku verknüpft daher seine Zugeständnisse beim OSZE-Untersuchungsmechanismus mit der Rückgabe erster besetzter Gebiete.

Dabei liegen die wesentlichen Elemente eines möglichen politischen Kompromisses seit 1999 auf dem Tisch: Das eigentliche Berg-Karabach-Gebiet soll zunächst bei Armenien bleiben, bis ein Referendum über sein endgültiges Schicksal entscheidet. Im Gegenzug räumen Armenien und die Berg-Karabach-Armenier sämtliche übrigen um Berg-Karabach gelegenen besetzten Gebiete und geben sie bis auf einen Korridor bei Latschin an Aserbaidschan zurück. Parallel dazu ist auch an eine direkte Verbindung zwischen Aserbaidschan und seiner Exklave Nachitschewan durch Armenien gedacht. Binnenvertriebene könnten wieder in ihre früheren Siedlungsgebiete zurückkehren. Eine OSZE-Friedenstruppe von bis zu 3.000 Mann sichert diesen Friedenskompromiss für eine Übergangszeit zusätzlich ab. Natürlich steckt dabei der Teufel im Detail, wenn beide Seiten jedoch wirklich den politischen Willen haben, eine Lösung zu finden, dürfte dies kein Hindernis sein.

Wenn es überhaupt Fortschritte geben soll, sind diese derzeit nur auf Präsidenebene zwischen den beiden Konfliktparteien möglich. Das ist auf Dau-

35 Vgl. OSCE, Statement by Co-Chairs of OSCE Minsk Group, Wien, 24. Juni 2016, unter: <http://www.osce.org/mg/248616>; OSCE, Statement by Co-Chairs of OSCE Minsk Group, New York, 22. September 2016, unter: <http://www.osce.org/mg/266881>; OSCE, Statement by the Co-Chairs of the OSCE Minsk Group, Moscow/Washington D.C./Paris, 26. Oktober 2016 unter: <http://www.osce.org/mg/277091>; OSCE, Joint Statement by the Heads of Delegation of the OSCE Minsk Group Co-Chair Countries, Hamburg, 8. Dezember 2016, unter: <http://www.osce.org/mg/287531>.

er eine zu dünne Basis für einen stabilen und dauerhaften Friedensprozess. Ein echter Friedensprozess bedarf einer dauerhaften und breiten politischen und gesellschaftlichen Unterstützung. Hier ist zu bemängeln, dass Aserbaidschan es – ähnlich wie Russland – seit 2014 gesetzlich verbietet, NGOs mit ausländischen finanziellen Mitteln zu unterstützen.³⁶ Freiwilligen Friedensaktivisten in Baku, die sich früher in Georgien oder in der Türkei mit Armeniern und Karabach-Armeniern trafen und dabei neue Formen der Kooperation suchten, fehlt seitdem das Geld für solche Aktivitäten. In Aserbaidschan werden die Existenz Berg-Karabachs und seiner Bevölkerung sowie sein besonderer Status in den Verhandlungen öffentlich nicht zu Kenntnis genommen, obwohl Baku das alles mit zu verantworten hat. Schritte in diese Richtung könnten in Eriwan und Stepanakert vertrauensbildend wirken. Doch auch Armenien muss sich bewegen; allzu oft hat es sich es in der Vergangenheit auf dem Status quo zu bequem gemacht. Es bedarf eines ernsthaften diplomatischen Signals, dass Eriwan gewillt ist, die sieben besetzten Gebiete um Berg-Karabach friedlich zurückzugeben. Passiert in diese Richtung nichts, wird Aserbaidschan bald erneut versuchen, sich dieses Gebiet gewaltsam zurück-zuholen.

36 Vgl. Friedrich Schmidt, Einsamer Mahner in den Bergen des Kaukasus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Oktober 2016, S. 5.